

Berliner Aufruf:

Internationalen Terrorismus mit zivilisierten Mitteln bekämpfen

Die verheerenden Terroranschläge in den USA stellen eine Herausforderung dar, Grundwerte aller Zivilisationen zu verteidigen – gegen den internationalen Terrorismus, aber auch gegen eine selbstzerstörerische Überreaktion.

Die Anschläge in New York, Washington und Pennsylvania sind als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen. Mit ihren Tausenden von Todesopfern, ihrer blindwütigen Grausamkeit und ihrer methodischen Perfidie stellen sie eine neue Dimension des internationalen Terrorismus dar. Sie zeigen die globale Verwundbarkeit in der High-Tech-Welt. Mit ihren Opfern zugleich haben sie vieles getroffen: Symbole und Machtzentren der USA und des globalisierten Kapitalismus, die Sicherheit der Industrieländer und das friedliche Zusammenleben der Kulturen in New York und in der ganzen Welt. Die Opfer stammen aus über 60 Nationen, es waren Christen, Muslime, Angehörige anderer Religionen und religiös nicht Gebundene.

Wir trauern um die Opfer der Anschläge. Unser Mitgefühl gilt den Verletzten und den Angehörigen. Wir haben Verständnis für Wut und Zorn. Aber unsere Trauer ist kein Ruf nach Krieg.

Angesichts der neuen Dimension des internationalen Terrorismus treten wir mit Nachdruck dafür ein, ihn wirksam und konsequent zu bekämpfen. Eine Situation, in der jederzeit Tausende Menschen durch Terror wahllos getötet werden können, ist unvereinbar mit den Grundlagen jeder Zivilisation und der weiteren Entwicklung von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit. In dieser neuen Situation ist ein Umdenken nötig. Es kann kein Aufrechnen von Todesopfern, keine Einordnung von Opfern unter alte Feindbilder, keine Unterscheidung von Menschenleben und keine Übernahme der Logik des Terrors geben, weder in seiner Bewertung noch in den Gegenreaktionen. Dem Terror keine Macht zu geben, heißt ihm sich weder im

Reden noch in seiner Bekämpfung anzugleichen. Wir müssen die zivilisatorischen Grundlagen verteidigen, ohne sie weiteren Schaden nehmen zu lassen.

Jedoch geht angesichts der ungeheuerlichen Bedrohung vielfach eine differenzierte Betrachtung und Antwort verloren, die dringend nötig ist. Das Geflecht verschiedenster Beteiligter und ihrer Ziele und Interessen sowie die Ursachen der Eskalation sind in den Blick zu nehmen, ohne dies als Entschuldigung oder Relativierung des geschehenen Verbrechens zu verdächtigen. Im Interesse an einer Deeskalation und einem friedlichen Zusammenleben verdienen wechselseitige Wahrnehmungen der verschiedenen Kulturkreise und Religionen Aufmerksamkeit, auch wenn sie deutliche Kritik beinhalten und zur Korrektur von Fehlern auffordern. Globale Ungerechtigkeiten und politische Demütigungen sind normativ keine Rechtfertigungen, faktisch aber der Nährboden einer tiefen Unzufriedenheit, von dem terroristische Fanatiker zehren.

Gegenwärtig drohen wir auf einen Zustand zuzusteuern, in dem die Grenze zwischen Krieg und Frieden permanent verwischt ist. Die beunruhigende Gewissheit, dass es keine völlige Sicherheit vor Terroranschlägen geben kann, sollte uns aber nicht die Frage verstellen, durch welche Schritte wir Sicherheit erhöhen können und durch welche wir sie vermindern würden. Nötig ist eine Gesamtstrategie mit kurz- und langfristigen Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus, die nicht in seine Falle der Eskalation und Destabilisierung geht. Stattdessen sollten wir mit Besonnenheit auf die Stärke der zivilisatorischen Grundlagen und Verfahrensweisen setzen, die es zu verteidigen und zu bewahren gilt.

Die Reaktion auf die Terroranschläge muss daher in ihrer Gesamtstrategie wie ihren einzelnen Schritten folgende zivilisierte Maßstäbe einhalten:

1 Aus gutem Grund duldet das Völkerrecht keine Rache, Vergeltung oder Strafaktion. Gewalt ist nur als Notwehr oder Nothilfe legitim. Alle Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein, also geeignet sein und die geringstmöglichen Nebenwirkungen aufweisen, die darüber hinaus den zu vermeidenden Schaden nicht überwiegen

dürfen. Eine Vermengung von Notwehr und Strafaktion würde vermeidbare Gegenreaktionen hervorrufen.

- Voraussetzung für alle Maßnahmen sind nachvollziehbare *Belege* für die Täterschaft, die Beihilfe oder die konkrete Gefährdung durch die Beschuldigten. Ein Irrtum über die Urheber ist auszuschließen. Alle Regierungen, die bei der

Terrorbekämpfung mitwirken sollen, haben Anspruch auf die Vorlage von Belegen. Die nötige internationale Kooperation erfordert die Anerkennung der Belege durch die Koalitionsmitglieder und den UN-Sicherheitsrat. Den Anhängern und Unterstützern fundamentalistischer Demagogen sollte nicht die Ausflucht gelassen werden, es lägen keine Belege dafür vor, dass ihre Idole den Tod unschuldiger Menschen herbeigeführt haben und sie damit gegen ein strenges Verbot verstoßen haben, das im Islam wie im Christentum gilt.

- Zu beachten sind die *Unterschiede zwischen Täterschaft, Beihilfe und konkreter Gefährdung*. Statt Täter und Helfer durch die Androhung einer Gleichbehandlung zusammen-

2 Absoluten Vorrang müssen politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilbevölkerung und Bündnispartner in der Region haben.

Diese Maßnahmen müssen einen Ausweg aus der Hoffnungslosigkeit von Armut, mangelnder Bildung und gewaltsamen Konflikten weisen und dafür sorgen, dass dem Terrorismus der Nährboden entzogen wird, nämlich sein Rekrutierungs- und Mobilisierungspotential. Konfliktprävention und internationale Kooperation in der Einen Welt sind die wirksamsten Waffen gegen den globalisierten Terrorismus. Zu diesen Waffen gehören Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung, Bildung, gerechte Handelsbedingungen sowie Abbau und Prävention von internationaler Verschuldung. Diese Strategie muss sofort mit einem starken Signal eingeleitet werden. Die wirtschaftlichen Folgen der aktuellen Zuspitzung drohen laut Weltbank weltweit bereits zehn Millionen Menschen in die Armut zu stürzen, außerdem sind über fünf Millionen Afghanen und viele Flüchtlinge vor einer Hungerkatastrophe zu bewahren.

- Im Hinblick auf diese konstruktiven Maßnahmen sollten auch *Nichtregierungsorganisationen* in die internationale Koalition für eine zivilisierte Bekämpfung des Terrorismus einbezogen werden. Sie sind Bündnispartner für eine Ko-

3 Politische Maßnahmen müssen im Sinne der Verhältnismäßigkeit auch bei den Maßnahmen gegen die Urheber der Terroranschläge oder ggf. ihre Helfer den Vorrang innehaben.

Der internationale Terrorismus ist in jedweder Hinsicht einer weltweiten politischen Ächtung zu unterziehen. Für eine international akzeptierte Behandlung gefasster Täter ist die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) schleunigst voranzutreiben. Insbesondere gegenüber Staaten kommen als weitere geeignete Mittel Ultimaten, konsequente Blockaden – auch von

zuschweißen, sollten bisherige Helfer mit Druck oder Zuckerbrot dazu gebracht werden, ihre Unterstützung einzustellen. Es muss darum gehen, eine Koalition gegen den Terrorismus aufzubauen, ohne als Widerpart eine Koalition von Terroristen, Helfern und „Schurkenstaaten“ heraufzubeschwören.

- Alle Maßnahmen müssen sich ganz *gezielt* gegen die Urheber der Anschläge vom 11. September und möglicher weiterer Anschläge richten und ebenso gezielt die Zivilbevölkerung und alle denkbaren Bündnispartner unterstützen. Wer ein Leben ohne Terror wünscht, sollte sich zu einer gleichberechtigten Partnerschaft eingeladen sehen.

alition, die auch von unten wirksam wird und die Interessen der vielen Menschen zur Geltung bringt, deren Elend von demagogischen Fanatikern nur missbraucht, aber keinesfalls beseitigt wird.

- Großes Gewicht muss auch ein *internationaler interreligiöser und interkultureller Dialog* haben. Es fehlt bisher weitgehend an wechselseitigen Kenntnissen und Verständnis. Durch einen intensiven interreligiösen Dialog kann den Propagandisten eines vulgarisierten Islam der Boden ihres demagogischen Handwerks entzogen werden. In den westlichen Ländern ist einer Diskriminierung von Muslimen und Arabern entschieden entgegenzutreten.
- Ein zentrales politisches Projekt im Rahmen dieser internationalen Antiterrorkoalition ist der *Friedensprozess im Nahen Osten*. Eine Befriedung der Auseinandersetzungen ist nur gleichzeitig mit ernsthaften und raschen Verhandlungen auf der Grundlage des Mitchell-Planes zu erreichen. Bei diesen Verhandlungen sollte versucht werden, alle wichtigen Organisationen der Palästinenser direkt oder indirekt einzubinden, die sich anderenfalls möglicherweise durch Torpedierungsversuche profilieren würden.

militärischen Kräften durchgeführt –, Boykotte und Sanktionen in Frage.

- Die *Finanzierungswege* des internationalen Terrorismus sind lahmzulegen. Das betrifft Geldwäsche, unkontrollierte Offshore-Bankzonen und „underground banking“. Es sind weltweite Regelungen durchzusetzen, die es ermöglichen, die Geldspuren des Terrorismus nachzuverfolgen.
- Auch der *Waffennachschub* des internationalen Terrorismus ist zu unterbinden. Das betrifft den gesamten internationalen Waffenhandel samt des Schwarzmarktes. In

einer Welt unter dem Menetekel des internationalen Terrorismus dürfen Waffen nicht auf den Markt geworfen werden, vielmehr muss der Waffenhandel und damit der Nachschub für Terrororganisationen und Bürgerkriegsmilizen ausgetrocknet werden.

- In *weltweit koordinierten Ermittlungen gegen die Terrornetzwerke und ihre Finanzquellen* liegen neben der internationalen Kooperation und Prävention zur Beseitigung der Konfliktursachen die wirksamsten Waffen gegen den internationalen Terrorismus. Verbesserte Sicherheitsstandards in ausgewählten Bereichen, internationale Zusammenarbeit und bessere technische Ausstattung der Ermittlungsbehörden sowie gezielte Fahndungen treffen internationale Terrornetzwerke an verwundbaren Stellen. Das Versagen der Geheimdienste und ihre Praxis der

4 **Militärische Kampfmaßnahmen haben in einer Strategie, die sich der genannten Ansätze bedient, nur dann einen Platz, wenn ihnen gegenüber den vorrangigen Maßnahmen noch ein eigenes Anwendungsfeld verbleibt, wenn sie die anderen Mittel nicht beeinträchtigen und wenn sie nicht zu vermeidbaren Opfern führen.** Einerseits können solche Maßnahmen zur Vermeidung weiterer Anschläge durchaus angebracht erscheinen. Andererseits können sie weitere Anschläge gerade provozieren, die Region destabilisieren und bereits unmittelbar viele Menschenleben kosten. Beide Risiken sind in dieser Frage von Leben und Tod abzuwägen, unter Bedingungen zum Teil unsicheren Wissens über die Folgen. Uns eint jedoch eine Beurteilung dieser schwierigen Frage: Jeder Militäreinsatz, der Zivilisten gefährdet („Kollateralschäden“), der Bomben oder Raketen in Städten oder bewohnten Gebieten vorsieht, der zu Kämpfen von Bodentruppen über kleine Spezialeinheiten hinaus führt, der

Insgesamt geht es darum, den internationalen Terrorismus entschieden zu bekämpfen und nicht ungezogen zu stärken. Er ist am wirksamsten ohne Eskalation niederzuringen. Die Bundesregierung sollte die USA und ihre anderen Bündnispartner im Rahmen der Vereinten Nationen und der NATO sowie bilateral für eine Strategie der Terrorbekämpfung unter Einhaltung der genannten zivilisatorischen Prinzipien zu gewinnen suchen. Der Bundestag und die Bundesregierung sollten ein starkes Engagement für die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung vorweisen und jede Beteiligung an militärischen Einsätzen mit Logistik, Finanzmitteln oder Streitkräften von der Einhaltung der genannten Prinzipien abhängig machen. Bündnistreue und historische Verantwortung können nicht

Unterstützung zeitweilig nützlich erscheinender Milizen und Terrororganisationen sind genau zu untersuchen, um zu zielführenden und wirksamen Beiträgen zur Bekämpfung solcher Organisationen zu gelangen. Im gezielten Aufspüren und Ausheben global verzweigter Terrornetzwerke liegt eine der Hauptaufgaben, und nicht beim Militär. Auch für polizeiliche und geheimdienstliche Mittel gelten hierbei die Grundsätze der Gezieltheit und Angemessenheit. Auch im Hinblick auf die innere Sicherheit sollten die zivilisatorischen und rechtsstaatlichen Standards, die es zu verteidigen gilt, nicht über Bord geworfen werden. Eine symbolische Politik der starken Worte und Gesetzesverschärfungen hilft keinen Deut weiter, sondern unterwirft sich dem Terror.

Flüchtlingsmassen in Elend und Hungertod treibt, jeder Krieg, Stellvertreter- und Bürgerkrieg ist im Rahmen einer Gesamtstrategie ein ungeeignetes, ja kontraproduktives Mittel, das viele Menschenleben kostet und deshalb weiteren Hass sät, zu einer abenteuerlichen Eskalation führt und möglicherweise weiteren Terror anheizt, anstatt ihn zu ersticken. Die Bekämpfung des Terrors und die Verteidigung zivilisatorischer Grundwerte würden dann in ihr Gegenteil umschlagen. Das gilt auch für jede Waffenlieferung und militärische Unterstützung, die etwa zu einem Gemetzel zwischen den Taliban und der Nordallianz Afghanistans führt. Und es gilt erst recht für den bisher ausdrücklich nicht ausgeschlossenen Einsatz von ABC-Waffen, dem sofort eine Absage zu erteilen ist. Angesichts der bereits erfolgten Militärschläge rufen wir dringend dazu auf, diesen Grundsätzen zu folgen und jede weitere Eskalation aufgrund ihrer unabsehbaren Folgen zu vermeiden.

bedeuten, eine Vorgehensweise zu unterstützen, die allen Beteiligten schadet. Für unsere Einschätzung von Militäreinsätzen steht die Frage einer Beteiligung der Bundeswehr nicht im Vordergrund, da die genannten Kriterien für jede Entscheidung über einen Militäreinsatz als Reaktion auf den 11. September gelten, denn jedes Menschenleben zählt gleich viel – ob in New York, in Deutschland oder Afghanistan.

Wir setzen auf die gemeinsame weitere Zivilisierung unserer Welt, zu der es keine Alternative gibt. Die weltweite Trauer um die Opfer der Terroranschläge, die sich in allen Kulturkreisen gezeigt hat, hat den Grundstein für ein friedliches Zusammenleben gelegt, auf den die Regenten der Welt jetzt aufbauen sollten.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

- Bigi Alt**, PR-Managerin
Dr. Franz Alt, Autor und Journalist
Prof. Dr. Elmar Altvater, Politikwissenschaftler
Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm Bargheer, Theologe
Dr. Nasrin Bassiri, Journalistin und Publizistin
Eberhard Bauer, Geschäftsführer der Stiftung Nord-Süd-Brücken
Margarete Bause und **Jerzy Montag**, Landesvorsitzende/r von Bündnis 90/Die Grünen Bayern
Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg
Christfried Berger, Pfarrer i. R., Sprecher des Verbandes fremdsprachiger Kirchen und Missionen in Berlin und Brandenburg e. V.
Rudolf Borchert, SPD-Landtagsabgeordneter und SPD-Landesvorstandsmitglied in Mecklenburg-Vorpommern
Prof. Dr. Klaus Brake, Stadt- und Regionalplaner
Andreas Braun und **Renate Thon**, Landesvorsitzende/r, der Landesvorstand, **Irmgard Zecher**, Alterspräsidentin, sowie **Boris Palmer**, Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. André Brie, Mitglied des Europäischen Parlaments (Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke)
Mathias Brodkorb, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der SPD Mecklenburg-Vorpommern
Prof. Dr. Michael Brumlik, Erziehungswissenschaftler
Dr. Roland Claus, Mitglied des Bundestages, Vorsitzender der Fraktion der PDS
Prof. emer. Dr. Ludwig Danzer, Mathematiker
Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Physiker
Marco Eilers, Mitglied des Landesvorstandes Bündnis 90/ Die Grünen Thüringen
Dr. Heino Falcke, Propst i. R., Erfurt
Annegret Falter, Geschäftsführerin der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V.
Günter Gaus, Staatssekretär a. D., Publizist
Kai Gehring, Landesvorstandssprecher der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen
Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, Landesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen
Dr. Gregor Gysi, Mitglied des Bundestages (PDS)
Britta Haßelmann, Landesvorstandssprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Dietmar Heidrich, Chemiker
Ralf Henze, Sprecher von BasisGrün e. V.
Till Heyer-Stuffer und **Regina Michalik**, Landesvorsitzende/r, sowie **Lisa Paus**, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Bündnis 90/Die Grünen Berlin
Dr. Arendt Hindriksen, Verleger
Ulrike Höfken, Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen)
Helmut Holter, Minister für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Prof. Dr. Walter Jens, Universitätsprofessor und Schriftsteller
Ulrich Kasparick, Mitglied des Bundestages (SPD)
Renée Krebs, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen
Dorothea Kromphart, Schauspielerin
Hinrich Kuessner, Präsident des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern
Andreas Kuhnert, Mitglied des Landtags von Brandenburg (SPD)
Katrin Kusche, Bundesgeschäftsführerin, sowie der Bundesprecherrat der Grünen Liga e. V.
- Jutta Lampe**, Schauspielerin
Steffi Lemke, Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Maren Lorenz, Historikerin
Dr. Christine Lucyga, Mitglied des Bundestages (SPD)
Prof. Dr. Ronald Lutz, Soziologe und Ethnologe
Dr. Helmuth Markov, Mitglied des Europäischen Parlaments (Vereinte Europ. Linke/Nordische Grüne Linke)
Dr. Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland, Vorsitzender von Pro Asyl
Ruth Misselwitz, Vorsitzende, und **Dr. Christian Staffa**, Geschäftsführer, sowie der Vorstand der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
Klaus Möhle und **Silvia Schön**, Landesvorstandssprecher, der Landesvorstand sowie **Dr. Matthias Güldner**, stv. Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Grüne Bremen
Margret Mönig-Raane, stv. Vorsitzende der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Winfried Nachtwei, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Götz Neuneck, Physiker
Thomas Nitz, Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (CDU)
Monika Obieray und **Björn Pistol**, Landesvorstandssprecher/in von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
Petra Pau, Mitglied des Bundestages (PDS), Landesvorsitzende der PDS Berlin
Dieter Reinhardt, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden von Bündnis 90/Die Grünen
Tabea Röbner, Landesvorstandssprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen Rheinland-Pfalz
Jürgen Roth, Journalist und Schriftsteller
Dr. Walter Romberg, Minister a. D. (SPD)
Prof. Dr. Gernot Rotter, Islamwissenschaftler
Ute Scheub, Journalistin, Mitinitiatorin des Frauenfriedensnetzwerks „Scheherazade“
Klaus Schier, Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (SPD)
Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europäischen Parlaments (Bündnis 90/Die Grünen)
Nadir Sevis, Vorsitzender des Verbandes für Interkulturelle Arbeit e. V. (VIA)
Dr. Albert Statz, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa von Bündnis 90/Die Grünen
Christian Sterzing, Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/ Die Grünen)
Petra Streit, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung
Jürgen Suhr, Landesvorstandssprecher, und **Ulrike Seemann-Katz**, Landesgeschäftsführerin und -vorstandsmitglied Bündnis 90/Grüne Mecklenburg-Vorpommern
Suzanna, Sängerin
Carsten Troyke, Sänger
Dr. Wolfgang Ullmann, Mitglied des Europäischen Parlaments a. D.
Roland Vogt, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg
Dr. Antje Vollmer, Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/ Die Grünen)
Martin Walser, Schriftsteller
Christa Wolf, Schriftstellerin
Dr. Frieder Otto Wolf, Privatdozent, Mitglied des Europäischen Parlaments a. D.
Christian Wolff, Pfarrer an der Thomaskirche zu Leipzig

Stand: 31. 1. 2002 (Erstveröffentlichung: 26. 10. 2001)

Aktueller Stand der Unterzeichnerliste sowie Onlineforum mit Unterstützungserklärungen: www.Berliner-Aufruf.de
Kontakt: Info@Berliner-Aufruf.de • Agenda-Agentur Berlin, Lars Vogelsang (V. i. S. d. P.), Zeughofstraße 20, 10997 Berlin, Tel.: (030) 612 808 71, Fax -73, www.agenda-agentur.de • Berliner entwicklungspolitischer Ratschlag e. V., Annette Berger, Greifswalder Straße 33 a, 10405 Berlin, Tel./Fax (030) 42 85 15 87, www.BER-Landesnetzwerk.de
Unveränderte Weiterverbreitung und Vervielfältigung sind erwünscht! Alle weiteren Rechte vorbehalten. Berlin, Jan. 2002.